

Redebeitrag Bernhard Piest zum Haushalt 2023/2024 (Aussprache)

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrte Damen und Herrn!

Mit meinem Beitrag kommentiere ich den Haushalt aus Sicht der BIBS. Ich spreche dabei für Frau Arning und mich. Dabei liegt unser Schwerpunkt auf den Maßnahmen für **Flüchtlinge und Klimaschutz**.

Ich beginne mit einer Einschätzung der Finanzaufwendungen für den Bereich **„Geflüchtete“**. Diesbezüglich hat die Stadt besonders im letzten Jahr in Zusammenhang mit der Aufnahme der Geflüchteten aus der Ukraine gute Arbeit geleistet. Die Menschen fanden mit Hilfe der Stadt, freien Trägern und vielen Bürgerinnen und Bürgern Unterkunft, manche sogar einen Arbeitsplatz. Der hohe finanzielle Aufwand wurde bisher nicht komplett von Land oder Bund gegenfinanziert. Die Stadt wird diesen Schwerpunkt mit inzwischen viel Erfahrung weiter fortführen. Aber auch die andere Gruppe der Geflüchteten, die Asylsuchenden, wird natürlich weiter aufgenommen und unterstützt. Insgesamt ist mit einer Vervierfachung der Zuweisungen zu rechnen. Die hohen zusätzlichen Kosten z.B. für weitere Unterkunftsgebäude müssen gestemmt werden. Dazu werden neue Stellen geschaffen. Ergänzt werden die städtischen Maßnahmen von den Vereinen Refugium und Welcome House, die Fördermittel erhalten. Diesem Haushaltsposten „Geflüchtete“ stehen wir als BIBS grundsätzlich positiv gegenüber.

Beim Thema **„Klimaschutz“** ist für mich ein Satz zentral, den Sie, Herr Oberbürgermeister, bei der Verleihung des Klimaschutzpreises 2022 in dieser oder ähnlicher Art gesagt haben: „Im Mittelpunkt der Bemühungen und Handlungen der Stadt steht der Klimaschutz!“ Ist der Haushalt 23/24 eine Interpretation dieses Satzes? Die Anzahl der mit diesem Haushalt neu geschaffenen Stellen gibt einen Hinweis. 11% lassen sich dem Klimaschutz zuordnen. Um den ersten Platz einzunehmen, hätten es statt 21 über 50 Stellen sein müssen!

Wo wären inhaltliche Schwerpunkte zu setzen? Was wäre mit den Zusatzstellen möglich gewesen?

Laut Veröffentlichung des Umweltbundesamts (UBA) vom 15.03.23 ist es v.a. der Verkehrssektor, der seinen Zielen in Deutschland nicht nachkommt. Hier wurden die CO₂-Emissionen sogar noch gesteigert. Es ist nicht davon auszugehen, dass die Stadt Braunschweig eine Ausnahme macht.

Zusätzliche Stellen hätten entsprechend vordringlich im Bereich Verkehr eingesetzt werden können.

So hätten die Investitionen für den Radwegebau noch stärker erhöht werden müssen, um das Ausbauziel für Radwege von 2030 um 1-2 Jahre vorzuverlegen.

Eine Finanzierung wäre über deutliche Gebührenerhöhungen und räumliche Ausweitung für Bewohnerparken, Parkautomaten und Parken in Tiefgaragen möglich gewesen. Gleichzeitig wären damit Anreize gesetzt worden, auf das eigene Auto zu verzichten.

Für die Zukunft muss weiter in die Verkehrswende finanziert werden: Neue E-Busse, Umstrukturierung des Autoverkehrs, günstige Tickets für den ÖPNV sind erforderlich. Solche Investitionen sichern unser Überleben und das unserer Kinder hier in Deutschland als auch das von vielen Menschen der Weltgemeinschaft! Und schenken uns mehr Lebensqualität! Finanzielle Freiräume dafür müssen erhalten bleiben!

Dem stehen drückende Lasten entgegen:

Für das **Klinikum** sind nach aktuellem Stand über 500 Mio zu zahlen;

für die **Stadthallensanierung** 140 Mio;

als Ablösebeträge für die **Stadtentwässerung**, für die bisher keine Vorsorge getroffen ist, werden 600 – 800 Mio veranschlagt;

parallel steigen **Schuldenberge** bis 2027 auf 1,1 Mrd an;

das **Haushaltsdefizit** für 2023 / 24 beträgt zusammen 193 Mio.

Durch diese Belastungen werden die genannten erforderlichen Freiräume für den Klimaschutz erheblich eingeschränkt. Zusätzliche Luxus-Investitionen für Leuchtturmprojekte wie das Konzerthaus sind ein falscher Weg.

Zusammenfassung:

Die anfänglich gestellte Frage, ob der vorgelegte Haushalt eine Interpretation des Satzes sei, „Im Mittelpunkt der Bemühungen und Handlungen der Stadt steht der Klimaschutz!“ kann nur mit „nein“ beantwortet werden. Damit sind die wichtigsten Schwerpunkte des Haushalts falsch gesetzt. Insofern können wir dem Haushalt nicht zustimmen.

Wegen der genannten positiven Aspekte im Geflüchtetenbereich, aber auch der vielen von mir nicht erwähnten Sozial- und Kulturprojekte, die positiv beschieden sind, werden wir uns enthalten.